

Konferenzbericht: Das Tschad-Kamerun Pipeline-Projekt - Bestandsaufnahme ein Jahr nach Beginn der Ölproduktion (Hamburg, 20.9.2004)

Basedau, Matthias; Mészáros, Tarquin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Basedau, M., & Mészáros, T. (2004). Konferenzbericht: Das Tschad-Kamerun Pipeline-Projekt - Bestandsaufnahme ein Jahr nach Beginn der Ölproduktion (Hamburg, 20.9.2004). *Afrika Spectrum*, 39(3), 463-466. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-107588>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Konferenzbericht / Conference Report

Das Tschad-Kamerun Pipeline-Projekt – Bestandsaufnahme ein Jahr nach Beginn der Ölproduktion (Hamburg, 20.9.2004)

In einer gemeinsamen Veranstaltung hatten der Afrika-Verein (AV) und das Institut für Afrika-Kunde (IAK) zu einem eintägigen Workshop mit begrenzter Teilnehmerzahl eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die Erdölförderung im Tschad – betrieben von einem Konsortium aus Exxon Mobil, Petronas und Chevron – einen Modellcharakter aufweist: Die Besonderheit des Projekts ist das Engagement der Weltbank und ein spezifisches Managementsystem des Ölsektors. Dieses sieht nicht nur die entwicklungsorientierte und transparente Verwendung der Erdöleinnahmen vor, sondern zusätzlich eine Reihe von besonderen Begleitmaßnahmen, durch die ökologische, soziale und ökonomische Risiken der Ölförderung abgefedert werden sollen. Nationale wie internationale Gremien überwachen den ordnungsgemäßen Ablauf. Mit insgesamt sechs Vortragenden wurden Perspektiven aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Entwicklungszusammenarbeit, internationalen Finanzorganisationen, Wissenschaft und Politik zusammengeführt.

Der Direktor des IAK, Andreas Mehler, verwies einführend auf Chancen und Risiken des Pipeline-Projekts. Einerseits seien die ersten Erdöleinnahmen der Regierung gleich zu Waffenkäufen genutzt wurden. Andererseits sei der gesetzlich festgelegte Schlüssel der Verteilung von Erdöleinnahmen, auf den die Weltbank hingewirkt hat, ein spektakulärer Versuch, den „Ressourcenfluch“ zu einem „Ressourcensegen“ für die breite Bevölkerung zu machen und Armutsreduzierung überhaupt erst zu ermöglichen.

Lutz Neumann, Referent für West- und Zentralafrika des Afrika-Vereins, beleuchtete die wirtschaftlichen Perspektiven. Er ordnete die Ölförderung in den Kontext des Ölbooms im Golf und Guinea ein und verwies auf das enorme Entwicklungspotential, das vor allem dem bitterarmen Tschad aus dem Öl erwächst. Kein Erdölprojekt sei derartig überwacht und mit einem ausgeklügelten Verteilungsmechanismus für die Armutsbekämpfung ausgestattet. Neumann machte jedoch zugleich auf erhebliche Probleme bei den institutionellen Rahmenbedingungen aufmerksam; nach Untersuchungen des World Economic Forum liegt der Tschad bei zahlreichen Aspekten von Good Governance an letzter Stelle.

„Ölförderung ja, aber zu fairen Bedingungen“ lautet die Forderung der nationalen wie internationalen Zivilgesellschaft, die Manfred Zint, Koordinator der AG Erdölprojekt Tschad-Kamerun, skizzierte. Zint setzte sich vor

allem kritisch mit der Umsetzung des Ölmanagementsystems auseinander. Zwar sei bei sachgerechter Verwendung der Einnahmen eine reelle Chance für die Armutsbekämpfung gegeben, in Wirklichkeit sei aber von zwei Geschwindigkeiten des Projekts zu sprechen. Während die technischen Anlagen ein Jahr vor dem Zeitplan fertig gestellt wurden, hinkten Kontroll- und Abfederungsmaßnahmen hinterher. Auch seien die Entschädigungen für die lokale Bevölkerung unangemessen. Kritikwürdig sei Zint zufolge, dass im neunköpfigen nationalen Kontrollgremium, das über die Öleinnahmen wachen soll, die Regierungsvertreter die Mehrheit besäßen, und überhaupt die Regierung Propaganda einem echten Dialog vorgezogen habe.

Einen Einblick in die praktischen Erfahrungen mit den Begleitmaßnahmen vor Ort gewährte Kora Gouré Bi, Leiterin des Regionalreferats Westafrika des Deutschen Entwicklungsdiensts (DED). Der Fonds d'Actions Concertées d'Initiatives Locales (FACIL), unter maßgeblicher Beteiligung des DED vor Ort durchgeführt, dient dazu, die Auswirkungen der Ölförderung für die Bevölkerung abzufedern. Seit Mai 2001 wurden zahlreiche Infrastrukturprojekte verwirklicht (u. a. 12 Schulgebäude, 29 Brunnen, 1 Gesundheitszentrum). Zahlreiche Einheimische wurden in Workshops auf den Umgang mit den Öleinnahmen vorbereitet. Frau Gouré Bi zog ein positives Fazit der Arbeit trotz einiger organisatorischer Schwierigkeiten mit der tschadischen Verwaltung, bedauerte aber, dass die Fortführung des Projektes derzeit fraglich sei, da die Weltbank infolge nicht eingehaltener Zusagen der tschadischen Regierung die Zahlungen auch für FACIL suspendiert habe.

Außergewöhnlich offen setzte sich Eme Essien, Senior Investment Officer Oil, Gas, Mining & Chemicals der World Bank mit den Problemen des Erdölprojekts auseinander. Grundsätzliches Ziel der Weltbank seien stabile institutionelle Rahmenbedingungen, Haushaltsdisziplin, eine besondere Rücksichtnahme auf sozial benachteiligte Gruppen, die Transparenz bei der Verwendung der Erdöleinnahmen, Capacity-Building und eine langfristige Entwicklungsstrategie. Unvorhergesehene Umstände hätten die Implementierung aber behindert: Dazu gehörten u.a. die frühzeitige technische Fertigstellung der Förderanlagen durch das Konsortium (so dass die Begleitmaßnahmen in Verzug gerieten), der Unfalltod zweier wichtiger tschadischer Partner, die Zweckentfremdung des „Ölbonus“ (Vorabzahlung von Chevron und Petronas bei Vertragsabschluss) durch die tschadische Regierung für Waffenkäufe - welche scharfe Reaktionen der Weltbank hervorrief - und die Verzögerungen bei der Erstellung eines regionalen Entwicklungsplans. Capacity-Building für tschadische Verwaltungsbeamte hätte häufig zur Abwanderung zu lukrativeren Arbeitsplätzen beim Ölkonsortium geführt. Als die drängendsten Herausforderungen bezeichnete Essien die Fragen bezüglich der Management- und Kontrollvereinbarungen für die fünf neuen Ölfelder in der

Doba-Region (sog. „satellite fields“) sowie die derzeit virulente Energieversorgungskrise im Tschad, die Überwindung des Rückstandes bei den begleitenden Entwicklungsprojekten und dem Capacity-Building sowie die politische Instabilität infolge der Darfur-Krise. Als „lessons learned“ stellte sie u. a. den frühestmöglichen Beginn von Capacity-Building sowie die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, kompetenten Consultants und dem Privatsektor heraus. Insgesamt sei eine wirksame Präsenz der Weltbank vor Ort notwendig, ungleich wichtiger aber sei eine zentrale Rolle der tschadischen Regierung. Die Weltbank werde sich auch anderswo weiterhin im Ölsektor engagieren.

Politische Aspekte standen im Vordergrund der Präsentation von Matthias Basedau (IAK). Zwar sei das Konzept des Managementsystems theoretisch geeignet, die klassischen Auswirkungen des „Ressourcenfluchs“ zu verhindern, eine nachhaltige Umsetzung hänge jedoch vor allem von politischen Faktoren ab. Größte interne Hindernisse seien fehlende Good Governance und die politische Instabilität im Tschad sowie die wachsende Zentralisierung der Macht auf Präsident Déby und seinen Clan. Trotz einer konfliktreichen Vergangenheit gegenüber der Zentralregierung gebe es derzeit aber keine Anzeichen für eine gewaltsame Erhebung in der Förderregion selbst. Für die Zukunft sei eine nachhaltige Forcierung des Ölmanagementregimes von innen wie außen nötig. Es bestünde aber die Gefahr, dass andere Außenpolitikziele externer Akteure wie z.B. der Kampf gegen den Terrorismus (USA) und die Wahrung einer Einflusszone (Frankreich) das bislang vorrangige Ziel der Transparenz im Erdölsektor zurückdrängen könnten.

Rainer Münzel, der stellvertretende Leiter des Referates West- und Zentralafrika im Auswärtigen Amt, teilte weitgehend die Einschätzungen der Vorredner. Auch er sehe im Tschad positive wie negative Aspekte, weswegen man die Entwicklung des Landes im Auswärtigen Amt genau verfolgen werden müsse. Münzel thematisierte vor allem eine mögliche Destabilisierung des Tschad durch die Darfur-Krise. Die ethnische Gruppe von Präsident Déby siedele grenzübergreifend auch im Sudan und werde dort von den arabischen Milizen verfolgt. Die Parteinahme zugunsten der „Brüder“ im Sudan berge einerseits die Gefahr der Unterstützung für die zahlreichen tschadischen Rebellen durch Khartum. Andererseits habe die Zurückhaltung Débys bereits einen Putschversuch unzufriedener Zaghawa im Mai ausgelöst.

Einigkeit herrschte in der abschließenden Diskussion – die von Hans W. Meier-Ewert, Geschäftsführer des AV und Andreas Mehler moderiert wurde – über das prinzipielle Potential des erwähnten Ölmanagementregimes, zumindest die klassischen Effekte des „Ressourcenfluchs“ zu vermeiden. Auch das Engagement der Weltbank wurde prinzipiell positiv bewertet, gerade im Vergleich zu Fällen wie Nigeria oder jüngst Sudan, wo ein entspre-

chendes Engagement fehlt. Bei der Umsetzung gebe es aber nach wie vor Defizite. Auf welche Weise sie zu überwinden wären, wurde von den Teilnehmern freilich unterschiedlich eingeschätzt.

Rainer Tetzlaff von der Universität Hamburg betonte die Notwendigkeit von klaren politischen Leitlinien und Diplomatie, um die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten und dem Gewaltpotential präventiv entgegenzuwirken. Rainer Münzel hob die Wichtigkeit hervor, das Projekt gerade zum Wohle der tschadischen Bevölkerung weiter zu überwachen. Manfred Zint forderte die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Kora Gouré Bi verwies auf partiell kontraproduktive Wirkungen der jüngsten Suspendierung der Weltbankzahlungen. Konditionalität müsse zwischen makroökonomischen und lokalen Projekten auf der „Grassroots“-Ebene unterscheiden, die direkt der Bevölkerung zu Gute kämen. Eme Essien griff diesen Vorschlag auf und räumte ein, dass der Weltbank bislang lediglich ein relativ undifferenziertes Instrumentarium zur Verfügung stünde. Transparenz und „accountability“ seien zentrale Grundsätze der Weltbank, andere politische Aspekte wie Menschenrechte gehörten bislang jedoch nicht zum Mandat. Die Gefahr, dass Verpflichtungen von den Regierungen nicht eingehalten würden, sei nicht völlig zu entschärfen. Die Souveränität der tschadischen Regierung müsse letztlich geachtet werden. Hans W. Meier-Ewert schloss mit den Worten, dass auch im Tschad die Verbesserung einer nicht-perfekten Welt möglich sei; ohne die privatwirtschaftliche Wohlstandserzeugung gebe es letztlich aber keine wirksame Armutsbekämpfung.

Die Veranstaltung zeigte, wie verschiedene Blickwinkel fruchtbar und konstruktiv miteinander verknüpft werden können. Als vorläufige Bilanz blieb zumindest die Erkenntnis, dass die Erwartungen, die mit dem Modell Tschad verknüpft sind, wohl auf die Vermeidung negativer Folgen heruntergeschraubt werden müssen. Insgesamt wird erst die weitere Umsetzung des Projekts über Erfolg oder Scheitern des „Modells“ entscheiden. Auf welche Weise und von welchen Akteuren die Umsetzung des Modells am besten befördert werden kann, bleibt strittig.

(Matthias Basedau/Tarquin Mészáros)